

SHORT NEWS

La drogue aime la crise

Mercredi dernier, le rapport annuel de l'Observatoire européen des drogues et toxicomanies (OEDT) sur l'usage des drogues en Europe est tombé. Comme chaque année, cette étude essaie de faire le point sur toutes les composantes du phénomène de la drogue en Europe. En 2010, le constat principal est que le marché de la drogue ressent lui aussi les effets de la crise. Mais au lieu d'en pâtir, il s'en porte de mieux en mieux. Et pour cause : la précarisation et la marginalisation des jeunes sont des phénomènes qui vont s'amplifier encore dans les années à venir - et avec eux l'usage de la drogue. Tandis que de l'autre côté, les politiques d'austérité - souvent dans un élan populiste - coupent dans des programmes de prévention ou de soins des toxicomanies. Ce qui laisse la sombre perspective d'un accroissement du nombre de toxicomanes moins bien soignés. En ce qui concerne l'évolution du marché en soi, pas grand-chose de nouveau, le cannabis reste en tête, suivi de la cocaïne, de l'ecstasy et des opiacés. Les nouvelles tendances sont plutôt observables dans la façon de progresser des businessmen de la drogue : par exemple, la prise en charge par le crime organisé de plantations de cannabis, une pratique jusqu'alors plutôt réservée aux consommateurs autosuffisants. Ou encore la découverte en Espagne de laboratoires d'affinage de cocaïne, un procédé qui d'habitude se faisait dans les pays d'exportation. Finalement, le marché de la drogue est et restera un marché comme un autre, sauf que celui-ci va très bien en ce moment...

Deutsche Polizei schlägt und lügt

Angesichts der polizeilichen Brutalität und Willkür in Stuttgart und im Wendland lohnt es sich, das juristische Nachspiel des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm zu verfolgen. „Schlechte Zeiten für Deutschlands Polizei“ kommentiert das Online-Magazin Telepolis. In zahlreichen Urteilen habe das Verwaltungsgericht Schwerin die „Ingewahrsamnahmen“ als rechtswidrig eingestuft. Auch die Haftbedingungen - in Käfigen, ohne Wasser und Toilette - wurde „gerügt“. Damals wie jetzt hätten Polizei und Innenministerium erwiesenermaßen Desinformationspolitik betrieben, indem sie zum Beispiel verschwiegen, dass von 500 „verletzten“ Polizisten die meisten in die eigene Tränengaswolke geraten waren. Durch das „Herbeilügen Steine werfender Demonstranten“ sei der brutale Polizeieinsatz in Heiligendamm wie auch jener in Stuttgart gerechtfertigt worden. Trotz der Prozesse blieben viele Übergriffe ungeahndet, bedauert Telepolis. Immerhin: die Glaubwürdigkeit der staatlichen Propaganda gegen Protestbewegungen fällt nach und nach in sich zusammen. (www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33444/1.htm)

Die Grünen und die Kameradebatte

„Freedom, not Fear“, unter diesem Motto demonstrierte ein Aktionsbündnis mehrerer NGOs am vergangenen Samstag für Datenschutz und gegen die Videoüberwachung in der Stadt Luxemburg. Zwei Tage später teilte Innenminister Jean-Marie Halsdorf mit, besagte Überwachung werde um ein Jahr verlängert, im Einverständnis unter anderem mit dem Präventionskomitee der Stadt Luxemburg. Innerhalb des Aktionsbündnisses bekamen die „Jonk Gréng“ prompt die „unkritische“ Haltung ihrer Mutterpartei vorgeworfen, die im städtischen Schöffengericht sitzt. Philippe Schockweiler, Sprecher der Parteijugend und Mitglied der Sektion Stadt, präzisierte gegenüber der woxx, „Déi Gréng“ seien weiterhin skeptisch gegenüber den Kameras. Das Einverständnis beziehe sich auf eine befristete Verlängerung des Pilotprojekts unter der Bedingung, dass endlich eine unabhängige Auswertung vorgenommen werde. Der Abgeordnete und Stadtschöffe François Bausch seinerseits betonte, dass immerhin der von Halsdorf geplante Ausbau der Videoüberwachung vom Tisch sei. Angesichts dessen, dass ein negativer Bescheid des Präventionskomitees nichts an des Ministers Entscheidung geändert hätte, habe man sich für den Kompromiss entschieden. Er habe sich dafür ausgesprochen, dass der kritische Bericht seitens der Kriminologenvereinigung berücksichtigt werde, leider erfolglos, so Bausch. Darüber hinaus verweist der grüne Schöffe darauf, dass das Pilotprojekt eine Folge des Kompromisses sei, den die Grünen 2005 bei der Koalitionsbildung eingegangen seien.

AKTUELL

GESONDHEETSKEES

Wechselnde Mehrheiten

Richard Graf

Höhere Selbstbeteiligung und Beitragserhöhung für alle, so das Ergebnis der Beratungen des CNS-Vorstands. Ein schlechtes Omen für die Gesundheitsreform?

Während die Ärzte ihren Bummelstreik unbeeindruckt fortsetzen, hat der Gesundheitsminister eine Informationstour durch die Lande gestartet: Die Gesundheitsreform gerät zum politischen Dauerhit, derweil Index und Krisenbudget in der öffentlichen Debatte ins Hintertreffen geraten. Eigentlich ist die Vehemenz, mit der hier gestritten wird, erstaunlich, denn im Prinzip wollen (fast) alle Akteure das Gleiche: Das Luxemburger Gesundheitsmodell mit moderaten Beiträgen, einer einheitlichen, nicht nach sozialen Kriterien geschichteten Versorgung aufrechterhalten und im Bereich Prävention und Beratung die Stellung der Allgemeinärzte stärken. Nur über die Art und Weise, wie dies erreicht werden kann, wird gestritten.

Als Mars di Bartolomeo sein Gesetzesvorhaben im Frühsommer erstmals einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte, sah es zwar nicht unbedingt nach einem leichten Unterfangen aus, alle am Gesundheitssystem beteiligten Parteien in dieselbe Richtung zu bugsieren. Aber das drohende strukturelle Defizit bei der Gesundheitskasse schien dem Minister zunächst Recht zu geben: Je früher wir das System auf neue Grundlagen stellen, desto glimpflicher wird das kleine Luxemburg bei den - schon wegen der Altersstruktur der Bevölkerung unvermeidlichen - Kostensteigerungen davonkommen.

Doch kaum war das Gesetzesvorhaben auf den Instanzenweg gebracht, brach der Groll gegen den Minister los. Und in der Tat: Ohne unterstellen zu wollen, dass er es darauf angelegt habe, nach dem „Teile und herrsche“-Prinzip unterschiedslos allen Parteien einen Obolus abzuverlangen, muss man doch feststellen, dass der vorliegende Text kaum dazu beitragen wird, der eingangs erwähnten Einmütigkeit Dauer zu verleihen. Es war zweifellos ein Konstruktionsfehler, die angestrebten qualitativen Verbesserungen mit Sparmaßnahmen zu verknüpfen.

Nicht unerwartet wird auf allen Seiten der Vorwurf geäußert, es seien jeweils die anderen, die für die Kostensteigerungen verantwortlich sind. Der

Minister hat es jetzt in der Hand, das von vielen Beteiligten verspürte Transparenz-Problem zu beseitigen. Klar ist allerdings, dass dies bis Mitte Dezember kaum zu schaffen sein wird.

Mars Di Bartolomeo ist fraglos Politiker genug, das vorgelegte Rahmengesetz in den schönsten Farben auszumalen. Doch die inzwischen zurückgezogenen Ausführungsbestimmungen zum Referenzarzt zeigen: Das Gesetz muss stärker ausdefiniert werden, für die angedachten Reglemente besteht zuviel Spielraum. „Reglemente sind dazu da, die Ausführung der Gesetze zu ermöglichen, nicht deren Interpretation“, so die Grünen-Vorsitzende Sam Tanson. Ihre klare Forderung: CSV und LSAP sollen die Absicht aufgeben, das Gesetz noch in diesem Jahr zur Verabschiedung zu bringen, und stattdessen weiterführende Nachbesserungen, etwa im Bereich der Präventivmedizin, ermöglichen.

Noch unverständlicher sind jedoch die am Mittwoch unter indirekter Federführung des Ministers vom Vorstand der Gesondheetskees getroffenen Vereinbarungen, die neben der bereits angekündigten Erhöhung der Beiträge um je 0,1 Prozent auch die Eigenbeteiligung der PatientInnen hochschrauben, um so aus einem erwarteten Defizit von 79 Millionen einen Bonus von 73 Millionen zu machen. Hier hat das divide et impera funktioniert: Die höhere Selbstbeteiligung wurde mit den Arbeitgebern, die Erhöhung der Beiträge mit den Gewerkschaften erstritten. Trotzdem zeigen letztere sich entsetzt: Die Eigenbeteiligungen steigen um 20 Millionen Euro und werden vor allem die Geringverdiener belasten, die in Bereichen wie Orthopädie oder Kinesiotherapie 40 bzw. 30 Prozent zuzahlen müssen. Für den OGB-L ist damit das Tor zur Zweiklassenmedizin aufgestoßen. Die Heraufsetzung der Beitragsgrenze, die derzeit bei dem Fünffachen des Mindestlohns liegt, hätte es erlaubt, 180 Millionen Euro mehr einzunehmen; ungerechte Selbstbeteiligungstarife wären dadurch unnötig geworden.

Doch mit dem erreichten Haushaltsgleichgewicht ist dem Minister leider auch sein Dringlichkeitsargument abhanden gekommen: Könnte die Gesundheitsreform jetzt also nicht mit ruhiger Hand und ohne Termindruck neu aufgelegt werden?